

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

der Klimawandel schreitet voran; seine Folgen können wir nur mit einer auf breitem gesellschaftlichem Konsens aufgebauten Energiewende abmildern. Allerdings sind Energiewende und besserer Klimaschutz mit *einer* Technologie allein nicht zu bewerkstelligen. Wir FREIE WÄHLER setzen daher neben Photovoltaik, Gas, Windkraft, Geothermie und E-Mobilität auf eine weitere Säule: Wasserstoff! Mit dieser Technologie lassen sich die zentralen Energiebereiche Strom, Verkehr und Wärme



miteinander verzahnen und so neue Impulse zur Bewältigung der Energiewende in Deutschland setzen. Wer seine Abhängigkeit von fossilen Energieträgern wie Gas, Kohle und Erdöl deutlich verringern möchte, kommt an der Wasserstofftechnologie nicht vorbei – bietet sie doch unter anderem die Möglichkeit, Energie zu speichern und damit auch unsere Stromnetze zu entlasten. Doch aktuell ist die Wasserstoffwirtschaft noch ein Verlustgeschäft. Im Freistaat unterstützen wir bereits zahlreiche Forschungsvorhaben, weil wir wollen, dass technologische Entwicklungen aus Bayern bei Speicherung, Transport und Verwendung von Wasserstoff eine zentrale Rolle spielen. Darüber hinaus begrüßen wir FREIE WÄHLER, dass die Staatsregierung sich im Bund für eine nationale Wasserstoffstrategie einsetzt – und so die Forschungsförderung bundesweit gezielt verstärkt. Denn der Durchbruch dieser vielversprechenden Technologie ist erst gelungen, wenn Wasserstoff in großem Stil aus erneuerbaren Energiequellen zur Verfügung steht.

Beschäftigt haben wir uns diese Woche außerdem mit folgenden Themen:

- CO₂-Bepreisung als mögliche Klimaschutzmaßnahme
- Medizinische Versorgung von an Mukoviszidose leidenden Erwachsenen
- Änderungsgesetz zu automatisierten Kennzeichenerkennungssystemen
- Nominierung von der Leyens zur EU-Kommissionspräsidentin
- Sicherung der politischen Stabilität Nordafrikas

- Härtefallregelung zur Förderung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen

R ü c k b l i c k

Die Bepreisung von CO₂ ist eine mögliche Klimaschutzmaßnahme, wie sie in der jüngsten Aktuellen Stunde von den Grünen gefordert wurde. Im Gegensatz zu anderen klimaschutzpolitischen Maßnahmen folgt **die CO₂-Bepreisung** dem Verursacherprinzip und wirkt damit unmittelbar dort, wo entsprechende Emissionen entstehen. Statt komplizierter Förderinstrumente wie dem Erneuerbare-Energien-Gesetz oder dem wuchtigen Stückwerk an Steuern, Abgaben und Umlagen auf Energie können bei einer CO₂-Bepreisung Menschen und Unternehmen selbst entscheiden, wo und wie sie Treibhausgase und damit bares Geld einsparen. **Doch dieses Instrument muss mit Augenmaß eingesetzt** werden – keinesfalls darf es unsere Wirtschaft schwächen oder für mittelständische Betriebe zur Existenzbedrohung werden. Zwar wollen wir als starkes Industrieland in Fragen der Klimapolitik eine Vorbildrolle einnehmen. Allerdings akzeptieren wir FREIE WÄHLER **keine nationalen Alleingänge**, sondern international koordinierte Lösungen, die zumindest EU-weite Gültigkeit besitzen sollen. Wir wollen dadurch vermeiden, dass Wertschöpfung, Arbeitsplätze und CO₂-Emissionen ins Ausland verlagert werden. Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger von Treibhausgasen sind zwar dringend notwendig, müssen jedoch so gestaltet sein, dass sich keine unfairen Umverteilungen zwischen Arm und Reich oder Stadt und Land ergeben. Bei der Mobilität etwa gibt es in den Ballungsräumen viele alternative Fortbewegungsmöglichkeiten – in ländlichen Gebieten eher nicht. **Wir FREIE WÄHLER wollen zunächst klimaverträgliche und vernetzte Mobilitätsangebote schaffen, statt direkt auf eine CO₂-Bepreisung hinzuwirken.** Ähnlich sieht es bei der diskutierten Entlastung von Unternehmen aus. Die Stoßrichtung ist gut, die konkrete Umsetzung wäre aus unserer Sicht problematisch: Wie sollen etwa Unternehmen fair behandelt werden, die bereits ambitionierte Energieeinsparmaßnahmen ergriffen haben? Und wie gewährleisten wir, dass unsere Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben? Auch diese Fragen lassen sich nur paneuropäisch beantworten. Der Vorschlag zeigt einmal mehr, dass die Grünen nur ideologische Ziele verfolgen – aber keine realistischen.

Bei einer Sachverständigenanhörung im Gesundheitsausschuss haben wir uns außerdem mit der medizinischen Versorgung von an seltenen Erkrankungen leidenden Erwachsenen beschäftigt. Am Beispiel der Mukoviszidose haben Experten aufgezeigt, dass es in Bayern immer noch an **flächendeckenden Strukturen für die ambulante medizinische Versorgung von**

Mukoviszidose-Patienten fehlt. Deshalb unterstützen wir FREIE WÄHLER die im Bundestag eingebrachte Petition zur Sicherstellung der ambulanten Versorgung betroffener Patienten. Denn bislang ist die Situation gerade für erwachsene Patienten schwierig. Obwohl inzwischen die Mehrheit der Betroffenen das Erwachsenenalter erreicht haben, werden noch immer rund ein Drittel der Erwachsenen in der Pädiatrie behandelt – diese Situation ist für die Betroffenen unzumutbar. Wir sind überzeugt: In einem modernen und reichen Land wie Bayern muss eine flächendeckende und qualitätsgesicherte ambulante und stationäre Versorgung von Patienten mit Mukoviszidose unter Berücksichtigung einer angemessenen Fahrzeit möglich sein! Benötigt werden eine ausreichende Anzahl von spezialisierten Fachzentren für Erwachsene – mit Ärzten, Psychologen, einem Sozialdienst, Physiotherapeuten und Ernährungstherapeuten. Die Seltenheit einer Krankheit darf nicht zum Gradmesser für die Verfügbarkeit von Behandlungs- und Therapieangeboten werden.

Intensiv befasst haben wir uns auch mit dem Gesetzentwurf zur Änderung der Bestimmungen zu **automatisierten Kennzeichenerkennungssystemen**. Mit dem Änderungsgesetz erhalten wir ein hocheffizientes Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung und gewährleisten auch in Zukunft das notwendige Maß an Sicherheit für Bayern. Der Schwerpunkt automatischer Kennzeichenerfassung liegt eindeutig bei der grenzüberschreitenden Kriminalität. Wir FREIE WÄHLER wollen die Arbeit der Bayerischen Polizei weiter stärken. Anlass für das Änderungsgesetz der Staatsregierung ist eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, der zufolge einzelne Punkte der bisherigen Regelung verfassungswidrig sind. Die automatische Kennzeichenerkennung wird jedoch nicht grundsätzlich infrage gestellt. Deshalb haben wir mit dem Gesetzentwurf nachgebessert und den höchstrichterlichen Vorgaben Rechnung getragen. In Bayern müssen damit keine automatischen Kennzeichenerfassungssysteme abgeschaltet werden – sie sind künftig verfassungskonform. Die Konkretisierung des Gefahrenbegriffs, die mit dem Gesetzentwurf hervorgehoben wird, begrüßen wir ausdrücklich.

Eine klare Meinung haben wir auch zur **Nominierung Ursula von der Leyens als EU-Kommissionspräsidentin**. Wir sind überzeugt, dass die Entscheidung der EU-Regierungschefs nichts Geringeres als ein Desaster der Demokratie ist. Keine Frage: von der Leyen ist intelligent, polyglott und regierungserfahren. Um ihre Qualitäten als Politikerin geht es in dieser Frage aber nicht – die waren auch schon im Europawahlkampf bekannt. Kandidiert hat sie jedoch nicht. Die Verteidigungsministerin in letzter Minute im Brüsseler Hinterstübchen aus dem Ärmel zu schütteln, war und ist politisch dämlich und ignoriert den Wählerwillen. Mit diesem bemerkenswerten

Vorgehen schaden Merkel und Macron der europäischen Idee. Ein selbstbewusstes Europaparlament kann dieser Willkür-Kandidatin eigentlich gar keinen Segen geben. Denn wer die Spitzenkandidaten degradiert, düpiert das Volk. Merkel und Macron leisten Europa damit einen Bärenienst und befeuern den Frust der Europaskeptiker. Leider wurde eine weitere Chance verpasst, den positiven Geist Europas neu zu entfachen.

Nicht nur Europa, auch der Norden Afrikas hat uns beschäftigt. Mittlerweile ist es jetzt acht Jahre her, dass Tunesien die Ben-Ali-Diktatur abgeschüttelt hat – der sogenannte Arabische Frühling war geboren. Seitdem hat kaum ein anderes Land des arabischen Raums ähnlich große Fortschritte bei der Demokratisierung gemacht wie die 11-Millionen-Republik im Norden Afrikas. Doch dieser so wichtige Prozess stößt mitunter auf bitteren Widerstand – erst in den vergangenen Tagen erschütterten erneut Selbstmordanschläge das Land. Gerade in dieser sensiblen sicherheitspolitischen Situation bedarf Tunesien unserer tatkräftigen Unterstützung. Mit einem Dringlichkeitsantrag haben wir uns deshalb für die **Sicherung der politischen Stabilität Nordafrikas** eingesetzt. In unserem Antrag bitten wir die Staatsregierung, das bayerische Engagement in Tunesien mit vorhandenen Stellen und Mitteln fortzuführen, den dortigen Transformationsprozess weiter zu unterstützen und den bayerischen Einsatz im Gesamtkontext der Afrika-Strategie weiterzuentwickeln. Im Rahmen des neuen Aktionsplans für die Jahre 2019 bis 2022 soll unter anderem die Entwicklungshilfe auf Kommunen und Regionen des Landes konzentriert, Bürgerbüros unterstützt und die Zusammenarbeit zwischen bayerischen und tunesischen Hochschulen ausgebaut werden.

Schließen wollen wir mit weiteren erfreulichen Nachrichten: Die **Härtefallregelung zur Förderung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen** wird auf unser Drängen erheblich verbessert. Wir FREIE WÄHLER sind erleichtert, dass wir die Nachbesserung dieser Richtlinie durchsetzen konnten. Bereits in der letzten Legislaturperiode hatten wir eindringlich gefordert, die RZwas so auszuweiten, dass mehr Gemeinden über einen längeren Zeitraum gefördert werden können. Durch die jetzt beschlossene Nachbesserung bekommen 10 bis 15 Prozent der bayerischen Gemeinden zusätzlich die Möglichkeit, bei der Sanierung vorhandener Trink- und Abwasseranlagen unterstützt zu werden. Auch Gemeinden, die bereits einen Antrag zur Härtefallförderung gestellt haben, werden künftig berücksichtigt – sofern die Maßnahme bereits begonnen, aber noch nicht abgerechnet wurde. Das ist kommunalfreundliche Landespolitik – made by FREIE WÄHLER."

Impressum

Abgeordnetenbüro:

Hintere Marktstraße 13,
92436 Bruck i. d. Oberpfalz
Telefon: 09434 / 901513
Telefax: 09434 / 901514
Email: joachim.hanisch@fw-landtag.de
Web: www.joachim-hanisch.de